

Finnland

TIMO KIVIMÄKI

Die Entwicklung der internationalen Beziehungen Finnlands, die mit der Bewerbung um die EU-Mitgliedschaft einen neuen Anstoß erhalten hatte, wurde in den Jahren 1998 und Anfang 1999 vorangetrieben und in manchen Bereichen vollendet. Die Anpassung Finnlands an den EU-Binnenmarkt scheint geglückt. Finnland ist bereit, die Verpflichtungen, die mit seiner Mitgliedschaft in der EU einhergehen, auf sich zu nehmen. Zugleich hat der Integrationsprozeß viele positive Entwicklungen hervorgebracht, was sich auch an der immer größer werdenden Zustimmung in der Bevölkerung zur Integration zeigt. Bestehende Tendenzen einer regionalen und sektoralen Randständigkeit scheinen durch die freie europäische Marktwirtschaft gemildert zu werden.

Ansteigende wirtschaftliche Verflechtung

Finnlands fortschreitende Integration in die EU zeigt sich in den wirtschaftlichen Entwicklungen. So läßt sich in den neunziger Jahren ein ständiger Anstieg der finnischen Exporte in EU-Länder beobachten. Zwischen Januar und November 1998 stieg die finnische Exportrate um 14%, während die EU 9% mehr Importe verzeichnen konnte. Dadurch erhöhte sich der Anteil der EU am finnischen Außenhandel von 55,9 % auf 59,5 %. Der ebenfalls ansteigende Anteil des Außenhandels an Finnlands Bruttoinlandsprodukt läßt darauf schließen, daß die Integration des finnischen Handels in die Europäische Union geglückt ist.¹

Zugleich hat sich der europäischer Handel als Motor für die Integration der finnischen Produktionsstrukturen in den europäischen Markt erwiesen. Finnlands Handel hat sich in genau den Sektoren weiterentwickelt, die schon immer das Rückgrat der finnischen Produktion bildeten. Importiert werden dagegen Güter mit geringem finnischen Produktionspotential. Mit einer hohen Arbeitslosenrate ist es nur natürlich, daß mit der Anpassung an den europäischen Markt der Export und die Produktion von Gütern aus der herstellenden- und weiterverarbeitenden Industrie gestiegen ist. Im Gegenzug sank der Export von Rohstoffen. Der bedeutendste Anstieg ließ sich 1998 im Telekommunikationssektor beobachten, der mit einer Wachstumsrate von 32% immerhin 14% des gesamten Exportvolumens ausmachte. Das „Nokia-Phänomen“, die Expansion des finnischen Telekommunikationstechnologie-Marktanteils in den europäischen Markt und den Weltmarkt, das sich 1998 noch ausweitete, hatte beträchtliche Auswirkungen auf die Produktions- und Wirtschaftsentwicklung im allgemeinen und auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze

im besonderen.² Während das Anwachsen der Papierproduktion in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zwar einen wirtschaftlichen Wachstum brachte, die Arbeitslosigkeit jedoch nicht verringerte, oder dem Wohlstand der Bevölkerung diente, hat der von Nokia angeführte Technologiesektor viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Teilweise darauf läßt sich das Sinken der Arbeitslosenquote um 1,3 Prozentpunkte auf 11,4% im Jahr 1998 zurückführen. In der gleichen Zeit stieg das Bruttoinlandsprodukt um 4,9%.

Breite Zustimmung zur Europäischen Union

Sowohl die Europäische Union als auch die Vertiefung der Integration genießen großen Zuspruch in der Bevölkerung. Ein eindrucksvolles Beispiel ist der Popularitätsgewinn der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

Die Teilnahme Finnlands an der WWU wurde am Anfang des Jahres 1998 von 44% der Bevölkerung befürwortet; 1999 waren es bereits 71%. Besonders deutlich ließ sich diese Entwicklung bei Anhängern der Koalition im politisch linken Flügel beobachten: hier stieg die Unterstützung von 12% im Dezember 1997 (72% sprachen sich dagegen aus) auf 61% im Januar 1999. Die WWU-Teilnahme wurde sogar von der Mehrheit der Anhänger der landwirtschaftlich ausgerichteten Zentrums-Partei unterstützt (59%). Auch bei den zwei führenden Parteien, den Sozialdemokraten und der Nationalen Koalition herrschte weitgehend Einigkeit, was die Zustimmungsrate von 74% beziehungsweise 85% belegt. Auch die Zugehörigkeit zur EU fand im Januar 1999 so viele Anhänger wie nie zuvor.³

Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten (die auch mit der Tatsache zusammenhängen, daß Finnland der EU während einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs beigetreten ist), gibt es weitere Gründe, welche die große Zustimmung der Bevölkerung zur Vertiefung der Integration erklären. Für die Finnen, die lange Zeit automatisch und gegen ihren Willen mit der Sowjetunion assoziiert worden waren, erweckt die Beteiligung am europäischen Integrationsprozeß ein starkes europäisches Zugehörigkeitsgefühl. Das finnische Nationalbewußtsein stützt sich nun wieder auf Leistungen, die als ein westeuropäischer Staat vollbracht werden. Die Vertiefung wird deshalb besonders dann befürwortet, wenn Finnland dadurch eine gewisse Distanz zwischen sich und dem russischen Einflußbereich herstellen kann. Mit den ersten Anzeichen des neuen russischen Imperialismus und den anti-westlichen Tendenzen unter Vladimir Schirinowski, dessen Partei im Dezember 1993 zur stärksten Partei im russischen Parlament geworden war, erreichte die Zustimmung zur Integration Finnlands in die EU den ersten Höhepunkt in der Bevölkerung. Der zweite Höhepunkt war erreicht, als sich herausstellte, daß Finnland die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages erfüllte. Als dann schließlich allgemein bekannt wurde, daß Finnland aufgrund der Zeitzone, in der es liegt, bereits eine Stunde vor Kontinentaleuropa das erste „Euro-Land“ werden würde, nahm die Europa-Euphorie abermals zu. Zu dieser Euphorie hat die Vorbereitung Finnlands auf seine EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 weiter beigetragen.

Dissens zwischen Volk und Regierung über die EU-Osterweiterung

Aufgrund dieser starken Identifikation mit der Integration, befürworten die Finnen nun eher die Vertiefung als die Erweiterung der Europäischen Union. Die Erweiterung und die damit verbundene Heterogenität innerhalb der EU trübt das EU-Zugehörigkeitsgefühl der Finnen; dies um so mehr, als zunächst die EU-Osterweiterung angestrebt wird. Da erhebliche Anstrengungen unternommen worden sind, eben genau diesem Osteinfluß zu entkommen, finden die Erweiterungspläne der EU unter den Finnen kaum Anhänger.⁴

Aus Gründen, die die Regionalpolitik⁵, Sicherheits⁶- und Wirtschaftsfragen⁷ betreffen, steht die finnische Regierung der EU-Erweiterung jedoch sehr positiv gegenüber. Da Finnland im Vergleich mit anderen europäischen Staaten wenig Macht hat, wäre eine Vertiefung der Integration für das Land kaum effektiv nutzbar. Was den zukünftigen EU-Entscheidungsfindungsprozeß angeht, so hat Finnland das bereits zwischen den EU-Institutionen herrschende Mächtigegleichgewicht befürwortet.⁸ Um den Einfluß kleinerer Staaten zu sichern, hat Finnland auf die Repräsentation aller Staaten in der Europäischen Kommission bestanden.⁹ Außerdem wurde die Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten im Ministerrat angestrebt, indem alle Sprachen als offizielle Amtssprachen anerkannt wurden, und die Ratspräsidentschaft zwischen den Mitgliedstaaten rotiert.¹⁰ Diese Handlungen deuten darauf hin, daß die finnische Regierung die EU in Richtung Staatenbund steuern sieht.

Dieser Meinungsunterschied zwischen Bevölkerung und Regierung besteht augenscheinlich auch nach den Wahlen im März 1999 fort. Auswirkungen auf die Regierungszusammensetzung hatte der Konflikt nicht. Die Regierungsanhänger verloren fünf (von 200) parlamentarischen Sitzen, während sich die Balance zwischen den beiden großen Parteien von den Sozialdemokraten hin zur konservativen Nationalen Koalitionspartei, verschob: die Sozialdemokraten verloren zwölf Sitze, die Nationale Koalition gewann sieben. Dieser parlamentsinterne Wandel hatte jedoch keinen Einfluß auf die Besetzung der Ministerposten. So konnte die Sozialdemokratische Partei trotz der Stimmenverluste im Parlament sich ihre bisherigen Ministerposten erneut sichern.¹¹ Die größte Veränderung, die das neue Regierungsprogramm aufwies, war das Versprechen von weitreichenden Steuerensenkungen (die Vermögenssteuer wurde jedoch erhöht). Diese Veränderungen berücksichtigen damit die Vorschläge, die von einigen westlichen Wirtschaftsorganisationen an Finnland herangetragen wurden (so im besonderen von der OECD und der EU-Kommission). Obwohl die Zentrumspartei, die dem Integrationsprozeß kritisch gegenübersteht, vier Sitze im Parlament gewinnen konnte, besteht kein Anlaß zur Sorge: erst durch das Einschwenken auf einen pro-Integrationskurs konnte der genannte Erfolg erzielt werden.

Das Regierungsprogramm hat die Finnen in einem weiteren Punkt überrascht: Meinungsumfragen Anfang 1999 hatten gezeigt, daß ein Beitritt Finnlands in die NATO auf keine große Zustimmung treffen würde. Dennoch definierte die neue Regierung den Begriff der Sicherheitspolitik neu, indem sie die Passage, die

Finnlands Neutralität und unabhängigen Verteidigungsstatus regelte, strich. Damit behielt sich die Regierung die Option eines NATO-Beitrittes vor.

Änderungen in Verfassung und Politik zugunsten des Vertiefungsprozesses

Nicht nur das Volk, Regierung und Wirtschaft haben sich für eine Vertiefung der Europäischen Integration ausgesprochen, auch die finnische Verfassung wurde diesem Vorhaben angepaßt. So wurde 1998 zum ersten Mal eine Verfassungsänderung im Parlament vorbereitet und verabschiedet. Bevor diese Änderung in Kraft treten kann, muß sie von dem neugewählten Parlament bestätigt werden. Dadurch würde die Verfassung der Realität angepaßt, was für die bereits betriebene Integrationspolitik sehr wichtig wäre. Eine weitere Veränderung, die mit dem Wandel in der finnischen Außenpolitik einhergingen, war eine Schwächung des Präsidenten. Insbesondere bei Entscheidungen die die EU betreffen, verläßt sich der Präsident nun in den meisten Fällen auf Kabinettsvorgaben.

Hauptgrund für diese Veränderungen ist die durch die Globalisierung der Weltpolitik und die länderübergreifenden Politiken der EU entstandene Vermischung nationaler und internationaler Interessen. Das bedeutet im konkreten Fall, daß die Außenpolitik nun Themen beinhaltet, die bislang dem Parlament und den Ministerien zugeordnet waren. Zu Zeiten, als sich Außenpolitik ausschließlich auf das Verhalten von Staaten bezog, und Vertrauen nur durch persönliche Kontakte des Präsidenten (v.a. zur Sowjetunion) hergestellt werden konnte, war das Staatsoberhaupt Vermittler finnischer Außenpolitik. Das ist heute nicht mehr so. Finnland hat nicht mehr nur ein vorgegebenes außenpolitisches Ziel, sondern unterhält verschiedene außenpolitische Beziehungen unter der Leitung der jeweils zuständigen Ministerien.¹²

Regionale und sektorale Marginalisierung

Die Kehrseite der wirtschaftlichen Integration und der Rationalisierung finnischer Wirtschaftspolitik, ist der langsame Verfall von Sektoren, die im europäischen Wirtschaftswettbewerb keinen Platz gefunden haben. Als Beispiel kann der Agrarsektor gelten. Die starke Konzentration von Landwirten auf einige wenige Regionen führt zu einer starken Abhängigkeit dieser Gebiete. Dieses Problem besteht seit Finnland die ersten Schritte zu einem Beitritt in die EU unternommen hatte, die widrigen Wetterbedingungen im Sommer 1998 haben es jedoch verstärkt. Zum ersten Mal mußte Finnlands Landwirtschaft einen schlechten Sommer alleine überwinden, da keine finanzielle Unterstützung erfolgte. Die staatliche Hilfe war durch die EU-Vorgaben limitiert.

Diese Situation kann in Zahlen wie folgt beschrieben werden: Der Export von lebenden Tieren und Lebensmitteln ging 1998 um 13% zurück. Schuld an diesem Exportrückgang sind die Einbrüche bei dem Export von Lebensmitteln, da der Handel mit lebenden Tieren um 58% stieg. Der Fleischexport, wurde am härtesten getroffen; er ging um 25% zurück, während die Importrate um 12% anstieg. Auch der Getreideexport lag 1998 23% unter dem des Vorjahres.¹³

Dieser Prozeß wurde mit den Wahlen im März 1999 nicht beendet. Die landwirtschaftlich orientierte Zentrumspartei blieb weiterhin in der Opposition und das neue Regierungsprogramm ging noch weniger auf die Sorgen der Landwirte ein, als das alte Programm. Daß die Partei unter den Gewinnern der Wahlen zu finden war und daß Finnland seine Interessen erfolgreich in den Agenda 2000 Verhandlungen durchgesetzt hat, war kein großer Trost, da keiner dieser beiden Punkte zu einer Besserung der landwirtschaftlichen Situation führte.

Die regionale Tendenz der Marginalisation läßt sich am Jahreseinkommen in der jeweiligen Provinz ablesen. Das Durchschnittseinkommen der Menschen aus den ärmsten landwirtschaftlichen Gegenden ist im Vergleich mit dem nationalen und europäischen Durchschnitt konstant zurückgegangen.¹⁴ Dieser Prozeß hat bereits mit der finnischen Rezession eingesetzt und wurde mit dem EU-Beitritt nicht gestoppt. Die regionale Marginalisation ist im Vergleich zur sektoralen Marginalisation, bedingt durch die Abhängigkeit von den klimatischen Verhältnissen, hartnäckiger und dehnt sich immer weiter aus.

Trotz der vorwiegend positiven wirtschaftlichen Entwicklung lassen sich weitere Marginalisierungstendenzen im hohen Norden Europas aufzählen. Obwohl Finnlands wirtschaftliches Wachstum stark angestiegen ist und die meisten finnischen Wirtschaftsprobleme zurückgegangen sind, wurden 1998 die Handelsbeziehungen mit früheren kleinen Handelspartnern weitgehend eingefroren. Wirtschaftliche Kontakte werden momentan verstärkt mit der EU unterhalten. Zwischen Finnland und den nordischen Ländern fand 1998 kaum Handel statt, während Finnland und Deutschland umfassend Handel betreiben.¹⁵ Es findet also ein Wandel statt, indem sich Finnland nicht mehr an seinen nordischen Partnern ausrichtet, sondern volle Integration in die Europäische Union anstrebt. Politisch betrachtet können die Auswirkungen dieser schwindenden Solidarität zu den nordischen Staaten an der Reaktion eben dieser Staaten beobachtet werden. Finnland hat als einziges nordisches Land die noch nicht in die EU integrierten Potentiale des Nordens in Frage gestellt und in offiziellen Darstellungen und den Medien darüber berichtet. Dies gilt insbesondere für die grenzübergreifende Kooperation mit dem Nordwesten Rußlands. Statt dessen beschränken sich die Integrationsbemühungen im Norden auf den Ostseeraum, über den die nordische Peripherie mit Kerneuropa verbunden ist.

Zusammenfassung

Obschon in bestimmten Regionen und Sektoren ein Marginalisationsprozeß stattfindet, bemüht sich Finnland um seine fortschreitende Integration in die EU. Die wirtschaftliche Lage ist momentan stabil, weshalb in Zukunft politische Aspekte der Integrationspolitik stärker in den Vordergrund rücken werden. Da die Ungleichheit zwischen den Bevölkerungsschichten wächst, und die Kluft zwischen offizieller und öffentlicher Meinung über die Integrationspolitik immer größer wird, wird sich der Augenmerk der Politiker von einer rein ökonomischen Betrachtungsweise hin zu einer politischen Lösung dieser Probleme orientieren müssen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Sabine Busse, Ludwig-Maximilians-Universität, München.

- 1 Die Handelsinformationen wurden dem National Board of Customs, 1999, entnommen. Alle Zahlen beziehen sich auf den November 1999, die Veränderungen, die in diesem Artikel beschrieben werden stellen den Zeitraum zwischen Januar und November 1999 dar.
- 2 Vgl. Taloustutkimus: Omnibuskysely, Helsinki 1999.
- 3 Vgl. EVA: Lisää jäseniä unioniin? Raportti Eun laajenemisesta, Helsinki 1996.
- 4 Ohne die von Nokia angeführte elektronische/elektrische Industrie, läge die Wachstumsrate der Metallindustrie 1998 bei nur 2%. Mit diesem Sektor betrug die Wachstumsrate 16,5%. Vgl. dazu Statistics Finland: National Accounts – Preliminary Data 1998, Helsinki 1999, S. 5 f.
- 5 Die Zusammenarbeit der Ostsee-Anrainerstaaten würde davon profitieren, wenn Estland EU-Mitglied würde.
- 6 Die Teilung Europas stellt nach der Ansicht der finnischen Außenministerin Tarja Halonen eine große Gefahr für Finnland und Europa dar. Vgl. dazu Halonen Tarja; Lena Hjelm-

- Wallén: EU's and WEU's cooperation to be tightend. In: Helsingin Sanomat v. 21.4. 1996.
- 7 Zentral- und Mitteleuropäische Staaten steuern am meisten zu Finnlands positiver Handelsbilanz bei.
 - 8 Vgl. Finish Government (Hrsg.): Finland's approach and objectives in EU's inter-governmental conference in 1996. Report to the parliament 27.2.1996, Helsinki 1996, S. 15.
 - 9 Vgl. ebd. und Grand Committee (Hrsg.): Preparation to the inter-governmental conference of the EU in 1996. Report to the parliament on 22.11.1995, Helsinki 1995.
 - 10 Vgl. Finish Government, a.a.O., S. 17 f.
 - 11 Die Sozialdemokraten stellen sowohl den Premier als auch den Außenminister, obwohl sich in der Regel in Finland die zwei großen Parteien diese beiden Posten teilen
 - 12 Vgl. Berntson, Erki; Timo Kivimäki: Finland's international relations, Helsinki 1998.
 - 13 Vgl. National Board of Customs, a.a.O.
 - 14 Vgl. Statistics Finland: BKT alueittain 1988-1996, Helsinki 1998.
 - 15 So stiegen die Importe/Exporte zwischen Deutschland und Finnland um 13%, bzw. 15%.

Weiterführende Literatur

- Berntson, Erki; Timo Kivimäki: Finland's international relations, Helsinki 1998.
- EVA (Hrsg.): More members to the Union! A report on the Eu expansion, Helsinki 1996.
- Finish Government (Hrsg.): Finland's approach and objectives in EU's inter-governmental conference in 1996. Report to the parliament 27.2.1996, Helsinki 1996.
- Grand Committee (Hrsg.): Preparation to the inter-governmental conference of the EU in 1996. Report to the parliament on 22.11.1995, Helsinki 1995.
- Halonen Tarja; Lena Hjelm-Wallén: EU's and

- WEU's cooperation to be tightend. In: Helsingin Sanomat-newspaper v. 21.4. 1996.
- Heininen, Lassi; Jyrki Käkönen (Hrsg.): The new North of Europe. Perspectives on the Northern dimension, Tampere 1998.
- Statistics Finland: National accounts – preliminary Data 1998, Helsinki 1999.
- Pesonen, Pertti; Unto Vesa: Finland, Sweden and the European Union, Tampere 1998.
- Raunio, Tapio: Facing the European challenge. Finnish parties adjust to the integration process, in: West European Politics 1 (1999), S. 138-159.